

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-5 Uhr.

Über die Höhe der eingereichten Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Konkurrenz der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Manuskripte an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Abtheilungen für Zus. Annahme:
Otto Riemer, Universitätsstr. 22.
Gustav Schöke, Katharinenstr. 18, b.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 16.400.

Abonnementspreis (vierteljährlich) 4 1/2 M.,
incl. Frangirung 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Pf.
mit Postbeförderung 48 Pf.

Inserate 5 Ggsp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Buchdruck
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prosummando
oder durch Postnachschuß.

Nr 382.

Mittwoch den 22. December 1880.

74. Jahrgang.

Bauplatz-Versteigerung.

Der der Stadtgemeinde gehörige, in der Schreberstraße rechts an der Elster gelegene Bauplatz Nr. 8 des betr. Parcellirungsplanes, Parzelle Nr. 2593 b mit 2171,75 qM. — 6770 qM. Flächeninhalt, soll, da derselbe für das bei der Versteigerung am 2. d. M. erlangte Höchstgebot nicht zugeschlagen worden ist,

Donnerstag, den 30. d. M., Vormittags 11 Uhr,

an Rathshalle zum Verkauf veräußert werden.
Der Verkaufsplan und die Versteigerungsbedingungen, von welcher letzteren Abschriften gegen Zahlung der Schreibgebühr verabfolgt werden, liegen in unserem Bauamt, Tiefbauverwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18, zur Einsichtnahme aus.

Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Holz-Auction.

Mittwoch, den 29. December 1880 sollen im Forstreviere **Connewitz** von Vormittags 9 Uhr an in Abtheilung 27, 28 und 30

ca. 200 Haufen **hartes Schlagholz**. — **Banghauen** —

unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der Schwarzen Brücke der Connewitzer Linie.
Leipzig, am 14. December 1880.

Des Raths Forstdeputation.

Nußholz-Auction.

Montag, den 3. Januar 1881, sollen von Vormittags 9 Uhr ab im Forstreviere **Connewitz** auf dem Holzschlage in Abtheilung 19

ca. 78 eichene, 29 buchene, 12 ahorn, 66 eschene, 213 rüsterne, 34 elerene, 3 lindene und 2 apfelbaumene **Nußhölzer**, sowie

300 Stück eichene, eschene und rüsterne **Schirrhölzer** und 30 **Schirrhäuten**

unter den im Termine an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im Stempel, hinter dem Streitteiche bei Connewitz.
Leipzig, am 20. December 1880.

Des Raths Forstdeputation.

1000 Mark

gehört an die Leipziger Schutzmannschaft des äußeren Dienstes durch Herrn Hofrath Dr. Hoffmann erhalten zu haben, bekennet dankend

Leipzig, den 21. December 1880.

Dr. Rübner.

Die irische Frage.

Die letzten Heftkämpfe, welche die irische Frage hervorgeworfen haben, sind von der Presse Englands und des Continents schon vielfach erörtert und verurtheilt worden. Neben den socialen Calamitäten aber giebt es auch eine Reihe von politischen Beschwerden, welche in den Anfängen der irischen Bevölkerung gegen England eine wichtige Rolle spielen.

Es ist nicht zu viel gesagt — und die Agitationen der Landliga und des Homerserthums weisen speciell darauf hin — wenn man berichtet: die Iren streben nach einem nationalen Regime, nach einer eigenen parlamentarischen Regierung für das Gebiet der Britischen Insel. Es erübrigt daher zu erörtern, aus welchen Gründen eine irische Secession, eine staatliche Loslösung von Großbritannien den Schrein der Berechtigung an sich tragen.

Daß eine nationale Abneigung zwischen den irischen Kelten und den englischen Angelsachsen und Normannen besteht, ist bekannt. Aber es ist sehr die Frage, ob diese Abneigung in ihrer ganzen Schärfe sich erhalten hätte, wenn die englischen Eroberer und ihre Abkömmlinge, anstatt mit Gewalt und Unterdrückung aller nationalen Eigenheiten, mit schonender Gerechtigkeit den Bedürfnissen des irischen Volkstums Rechnung getragen hätten.

Man hat seitens der englischen Oligarchie die Iren von jeher entweder zu englischen oder politisch tot zu machen sich bemüht. Das keltische Temperament neigt naturgemäß zum Katholicismus. Es ist vollkommen vergebens, es für die Iren, jedem Katholicismus abholden Cultusformen und für die selbstprüfende Denkfreiheit des Protestantismus zu gewinnen. Die Engländer haben diesen Charakterzug des irischen Volkes mißachtet und die katholische Kirche Irlands rechtlos gemacht. Schon dieser plumpe Eingriff mußte, und zwar sehr energisch, alle Leidenschaften entfachen und beständig roge erhalten.

Erheblich verschlimmert wurde dieses jändliche Verhältnis durch den schmerzlichen Unterschied, der in den politischen Rechten zwischen Alt-England und Irland gemacht wurde. Die englischen Landbesitzer sind zum Theil auch Parlamentarier. Sie besitzen gewichtige communale Rechte; in Irland aber seit das politische Wahlrecht die Zahlung einer Hundsteuer von 4 Pfd. Sterl. in den Städten, oder eines Pachtzinses von 12 Pfd. Sterl. auf dem platten Lande voraus. Durch diese Bestimmung werden die 600,000 kleinen Landpächter von dem wichtigsten politischen Rechte, vom Wahlrechte, fast ganz ausgeschlossen.

An den Parlamentarierwahlen nehmen in ganz Irland von 5 1/2 Millionen Einwohnern nur 232,000 Theil, während Schottland mit seinen 3 1/2 Millionen Einwohnern fast 308,000 Wähler stellt. Communist-Wahlrecht läßt in Irland überhaupt nur etwa 16,000 Personen aus, eine Zahl, die schon eine einzige größere Stadt in England stellt.

Bei der Wahl der Mitglieder der Armenverwaltungen — in Irland eine sehr wichtige Institution — für die der Gerichtsmittglieder, der

Mitglieder der politischen Verwaltungen und der Schulbehörden, zu welchen letzteren in England sogar Frauen wählen und gewählt werden können, ist der irische Bauer ausgeschlossen und daher vollkommen rechtlos. Es sind zum Theil die protestantischen Einmanneer, welche auf allen diesen Gebieten des öffentlichen Lebens maßgebend sind, und auch die 103 Mitglieder, welche Irland im englischen Parliamente vertreten, sind in der überwiegenden Mehrzahl Gemüthliche der omnipotenten irischen Landlord, die zum Theil angelsächsischen Ursprungs sind, und der gleichfalls englischen wohlhabenden Bevölkerung der Städte.

Der irische Bauer, der an seinen nationalen Traditionen und an seinem Cultus mit großer Zähigkeit festhält, sieht sich also in die absoolute Unmöglichkeit versetzt, auf legalem Wege gesetzgeberisch mitzuwirken bei der Verbesserung seiner socialen Lage, bei der Erringung confessioneller Gleichstellung mit den Protestanten und bei der Erfüllung seiner berechtigten Forderungen auf allgemein politischem und communalem Gebiete.

Was Wunder also, daß der rechtliche Mann zur unredlichen Selbsthilfe greift und durch Drohungen und Gewaltthatigkeiten durchzusetzen sich bemüht, was er in den Parlamenten und Municipalverwaltungen, von denen er ausgeschlossen ist, nicht betreiben kann.

Ein nationales Regiment müßte diesen Mängeln abhelfen, denn es wäre auf die Mitwirkung der irischen Bevölkerung gegründet. Aus diesem Grunde strebt der Ire nach politischer Selbstständigkeit seines Landes; er weiß nur zu gut, daß die Feinde seiner Nationalität und seiner Religion ihm freiwillig und ohne zwingenden Druck keine Rechte gewähren wollen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 21. December.

Die Reichsmarine ist in einer stetigen Fortentwicklung begriffen. Nach dem jetzt vorliegenden Etat pro 1881/82 erfordert das Militärbudget 221,120 Mark, die Instandhaltung der Schiffe 448,000 Mark, Naturalversorgung 600,100 Mark, der Werftbetrieb 1,157,666 Mark, die Artillerie 715,205 Mark und andere verschiedene Ausgaben 101,200 Mark mehr als im Vorjahre. Unter den einmaligen Ausgaben erscheinen als Kosten zum Bau der Panzercorvette E 240,000 Mark, der Corvette E 298,000 Mark, Corvette F 525,000 Mark, Corvette G 825,000 Mark, Aviso D 512,500 Mark, zur Ausrüstung des Artillerieschiffes 700,000 Mark, der Panzerartillerieboote M und N 460,000 Mark, der Corvette F 250,000 Mark; ferner zum Bau des Chronometer-Observatoriums in Kiel 38,500 Mark, des Marine-Tablissements bei Albers 1,500,000 Mark, des Marine-Tablissements in Wilhelmshafen 500,000 Mark, zur Herstellung einer zweiten Casematsfahrt bei Wilhelmshafen 600,000 Mark, zum Bau des Eis-Jadecanals 500,000 Mark und zur Beschaffung eines Dagers für Wilhelmshafen 445,000 Mark. — Die Marine besitzt jetzt an Schlagschiffen: 7 Panzerfregatten, 5 Panzercorvetten; an Kreuzern: 11 gedrehte Corvetten, 9 Stahlschiffcorvetten, 2 Kanonenboote (Albatros-

Classe) 7 Kanonenboote erster Classe; an Küsten-Verteidigungs-Flugzeugen: 1 Panzerflugzeug, 2 Kanonenboote zweiter Classe, mehrere Torpedoboote und 9 Aviso.

Die unerbitterte Wiedererbringung des Reichs-Kampfes und der Drauseuer hat in liberalen Kreisen recht unliebsame Ueberwachungen erregt. Man war, wie man uns aus Berlin schreibt, auf eine Wiederkehr jener Entwürfe allerdings vorbereitet, indessen bestand allgemein die Erwartung, daß die Regierung aus den Verhandlungen des Reichstags und selbst aus der Stellungnahme der Bundesregierungen zu einzelnen Theilen der Entwürfe, besonders zur Luftungssteuer, die Consequenz ziehen würde, daß gerade diese Steuer in keinem Fall auf Ausnahme zu rechnen hätte. Wenn indessen Herr Bismarck dieselbe Auffassung hegt, wie die Conservativen, so verspricht man sich in Friedrichshagen von dem Austritt einiger freihändlerischer Mitglieder aus der nationalliberalen Partei und von ihrer Nichttheilnahme an den Commissionarbeiten eine sichere Mehrheit für die Steuerentwürfe. Auf Grund von nationalliberalen Parteiführern eingegogener Informationen ist diese Auffassung falsch. Es wird uns versichert, daß auf dieser Seite neue Steuern im Allgemeinen und insbesondere ein Drauseuerproject, wie es in der letzten Session vorgelesen, als unannehmbar gelten, wenn auch der Gesetzentwurf, betreffend die Branntweinsteuer, zu einem Aequivalent hinausgedrängt würde. Es wird ferner betont, daß eine Steuer auf Luftungen und Lotterielose denselben Widerstand finden werde.

In Bundesrathskreisen wird mehrfach die Frage ventilirt, wer zum Nachfolger des verstorbenen württembergischen Gesandten und Bevollmächtigten zum Bundesrath, v. Spixenberg, designirt werden würde. Bereits nennt man diesen und jenen Namen, ohne indessen die Verantwortung für das Zutreffen der Combination übernehmen zu wollen. Allgemein gilt die Wahl eines neuen Vertreters des Königs von Württemberg für recht schwierig; ist es doch ein offenes Geheimniß, daß neben der bairischen Diplomatie diejenige des zweiten süddeutschen Staates sich am meisten particularistische Anschauungen und eine nur vortheilhaft verdeckte Animosität gegen Preußen bewahrt hat. Man nimmt in Berlin die Ernennung des Nachfolgers für Herrn v. Spixenberg schon für die nächste Zeit, spätestens zum Anfang Januar, in Aussicht. Es dürfte kaum angängig sein, die Ministercorrespondenzen im Bundesrath ohne den Vertreter Württembergs vor sich gehen zu lassen.

Die Lage des Kriegsgerichts in Straßburg scheint sich zu bessern. Die „Elsass-Lothringische Zeitung“ führt als Motive für die Aufhebung die ruhige und gefehliche Haltung der Bevölkerung, die Ueberweisung der Verbrecher des Hochverrats und Landesverrats, in soweit sie gegen Kaiser und Reich gerichtet sind, durch §. 136 des Gerichtsverfassungsgesetzes an das Reichsgericht und den hieraus resultirenden Wegfall des Bedürfnisses einer außerordentlichen Jurisdiction, die Erhebungen über den Umfang der bisherigen

Thätigkeit des Kriegsgerichts und das Vertrauen an, daß die Geschworenen, in soweit sie zur Mitwirkung an der Rechtsprechung berufen sein könnten, unbeeinträchtigt durch politische Gesichtspunkte und Tendenzen lediglich nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung ihr Verdict fällen.

Zur Frage der Errichtung eines Reichstagsgebäudes wird uns aus Berlin geschrieben: „Jetzt, nachdem die Vorlage wegen Ueberlassung eines Straßenabschnittes für das Terrain zum Bau eines Reichstagsgebäudes von Seiten des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung gelangt ist, kann man nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß dem Reichstag alsbald nach Eröffnung der Session wieder der Vorschlag gemacht werden wird, das Palais Racynski anzukaufen. Die Stadt verlangt natürlich von dem Fiskus das nöthige Terrain, um die Sommerstraße anders zu legen.“

Man schreibt uns aus Wien: „Die socialdemokratische Bewegung hat bekanntlich in Oesterreich in letzter Zeit wieder viel von sich reden gemacht und ist hinter der Agitation der übrigen Parteien, die dort im Zusammenhang mit den neuesten politischen Verhältnissen eine hochgehende ist, nicht zurückgeblieben. Deutlich ist es jedenfalls, daß die Aeußerungen und öffentlichen Kundgebungen der Socialdemokraten mit denen aller übrigen österreichischen Parteien zusammenfallen, welche erbitterte Gegner des Deutschtums und des Liberalismus sind. In dieser Richtung gehen also die Socialdemokraten mit den Czechen, Polen, Slovaken, den übrigen Föderalisten, ja selbst mit den Ultramontanen Hand in Hand, und es ist zu besorgen, daß es letzteren durch ihre fanatische Agitation früher oder später wirklich gelingen kann, das liberale politische Element nachweislich an die Wand zu drücken. In letzterer Zeit haben sich die Socialdemokraten auch namentlich bestrebt, ihre Agitation in die Kreise der bisher noch mehr oder minder passiven Landbevölkerung zu tragen, welche gerade in Oesterreich in gewissen industriellen Gegenden Maschinenwerkstätten, Fabriken und andere industrielle Etablissements mit den nöthigen Arbeitkräften versorgt, also mit den Arbeitern selbst im directen Verkehr steht. Dies ist zumal in den zahlreichen Eisenindustrieorten Oesterreichs, der Steiermark, in Kärnten und überhaupt in Wien der Fall, wo die Arbeiterbevölkerung, selbst auf dem Lande wohnend, täglich mit den Landbesitzern und den Bauernhande in Verkehr zu treten Gelegenheit hat, welche sich dem eigentlichen bäuerlichen Arbeiter nur ausnahmsweise bietet. Auf jenes Verhältnis scheint nun die socialdemokratische Agitation in Oesterreich auch ihr Augenmerk gerichtet zu haben und, wie die eingegangenen Berichte melden, leider nicht erfolglos. So war beispielsweise die von dem Oberger „Arbeiterbunde“ in dem Eisenindustrieort Rindberg veranstaltete „Volksversammlung“ auch von Landbesitzern und Bauern ziemlich stark besucht, welche den socialdemokratischen Wandpredigern, die, auf ihr ländliches Publicum specialem, gegen